

Rhein

Westfälisch

Nach Zoff mit den Eltern hat sich ein kleiner Junge mit seiner noch kleineren Schwester aus dem Staub gemacht und dadurch den Fahndungsapparat der Polizei in Gang gesetzt. Der Zehnjährige hatte nach Polizeiangaben in Würselen bei Aachen hastig seinen kleinen Rucksack mit den nötigsten Kleidungsstücken gepackt und war mit seinem zwei Jahre jüngeren Schwesterchen im Schlepptau unbemerkt abgezogen. Den Eltern teilte er das in einem „Abschiedsbrief“ mit. Die Polizei setzte ihren Fahndungsapparat in Bewegung und informierte Krankenhäuser, Taxen und Ärzte. Beamte suchten an bekannten Spielorten der beiden. Suchhund und Polizeihubschrauber standen bereit. Nach zwei Stunden standen die Kinder wieder zu Hause auf der Matte – und erhielten von den erleichterten Eltern und von der Polizei eine Standpauke. ■ **dpa**

NRW AKTUELL

Schmuggler aufgefliegen

STRAELN ■ Mehr als eine halbe Million unversteuerte Zigaretten wollte ein 31-jähriger Lkw-Fahrer über die niederländisch-deutsche Grenze schmuggeln. Bundespolizisten fanden bereits am Mittwoch bei einer Kontrolle in der Nähe eines ehemaligen Grenzübergangs bei Straelen (Kreis Kleve) 58 Kartons mit jeweils 50 Stangen Zigaretten in seinem in Gelsenkirchen zugelassenen Fahrzeug. Die Steuerschuld für die insgesamt 2900 Stangen schätzt die Bundespolizei auf 110 000 Euro. Die Beamten beschlagnahmten die Zigaretten und fertigten eine Strafanzeige. Dann durfte der Mann seine Fahrt fortsetzen. ■ **dpa**

Deutlich mehr Sterbefälle

DÜSSELDORF ■ Erstmals seit 1975 sind in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr mehr als 200 000 Menschen gestorben. Insgesamt zählte das Statistische Landesamt 200 065 Sterbefälle. Das waren 3,3 Prozent mehr als im Jahr 2012 (193 707 Sterbefälle). Gemessen an der Bevölkerungszahl starben in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr 11,4 Personen je 1000 Einwohner. Herne wies mit 13,8 Sterbefällen je 1000 Einwohnern die höchste Sterberate aller kreisfreien Städte und Kreise auf. Den niedrigsten Wert ermittelten die Statistiker mit 8,3 Sterbefällen für die Stadt Münster. ■ **dpa**

Streit und Schüsse auf offener Straße

NEUSS ■ Bei einer handfesten Auseinandersetzung auf offener Straße in Neuss sind am Mittwoch vier Männer leicht verletzt worden. Bei dem Streit wurde auch geschossen, die Schüsse trafen jedoch niemanden, wie die Polizei Neuss berichtete. Wer die Schüsse abgab, war zunächst unklar. Vier Männer wurden am Tatort festgenommen, drei weitere nach einer Fahndung. Die Polizei ermittelt wegen schwerer Körperverletzung. ■ **dpa**

LOTTOQUOTEN

Klasse 1:	unbesetzt
Jackpot:	1 368 074,80 Euro
Klasse 2:	802 675,40 Euro
Klasse 3:	11 466,70 Euro
Klasse 4:	2 736,30 Euro
Klasse 5:	157,80 Euro
Klasse 6:	32,80 Euro
Klasse 7:	20,70 Euro
Klasse 8:	10,00 Euro
Klasse 9:	5,00 Euro

(ohne Gewähr)



Greenpeace: Atomülltransport in die USA illegal

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hält den geplanten Transport von Atomüll aus dem Versuchsreaktor Jülich in die USA für rechtswidrig. Die Verschiffung von 152 Castor-Behältern aus dem Zwischenlager bei Aachen in die USA und die Wiederaufarbeitung in der Atomanlage Savannah River

Site in South Carolina verstoße gegen das Atomgesetz. Ähnlich wie die Grünen kommt das Gutachten eines Hamburger Anwalts zu dem Schluss, dass es sich nicht um einen Forschungs-, sondern um einen Leistungsreaktor gehandelt habe, der von 1966 bis 1988 rund 1,5 Milliarden Kilowattstunden

Strom ins Netz eingespeist habe. Selbst die Internationale Atomenergiebehörde stuft Jülich als kommerziellen Reaktor ein. Dann aber verstoße der Transport gegen das seit 2005 geltende Wiederaufarbeitungsverbot im Ausland, betont der Anwalt Ulrich Wollenteit. Ferner verstoße der mögliche

Atomülltransport gegen das Endlagersuch-Gesetz, das vorsieht, dass im Inland verursachte hochradioaktive Abfälle auch hier entsorgt werden. Konkret geht es um knapp 300 000 Atomkugeln aus der Anlage Jülich – die NRW-Atomaufsicht hat die Räumung des Zwischenlagers verfügt. ■ **Foto: dpa**

Holzstreit nach Luxemburg

Europäischer Gerichtshof (EuGH) soll in der „Causa Klausner“ Recht sprechen

Von Robert Vornholt

MÜNSTER ■ Der Streit zwischen dem Land NRW und dem österreichischen Sägekonzern Klausner über umstrittene Holzlieferverträge nach dem Sturm „Kyrill“ wird auf einer neuen Ebene verhandelt – und dürfte damit über viele Jahre hinweg fortgesetzt werden. Das Landgericht Münster hat gestern verkündet, dass das Verfahren vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) beraten werden soll. Klausners Forderungen summieren sich auf insgesamt etwa 120 Millionen Euro. Eine gütliche Einigung strebt keine Partei an.

Die Kammer vertritt in dem gestern verkündeten Beschluss die Rechtsauffassung, dass die Verträge eine unzulässige staatliche Beihilfe darstellen, was zur Gesamtnichtigkeit der Vereinbarungen führt. Damit könnte Klausner

die Schadenersatzansprüche nicht mehr auf die Vereinbarungen stützen. Somit würde europäisches Recht über deutschen Urteile stehen. Denn nach wie vor gelten Entscheidungen des Landgerichtes Münster und des Oberlandesgerichtes (OLG) Hamm, die die Verträge als rechtmäßig werten. Aber im Falle einer unzulässigen Beihilfe dürften die Vereinbarungen nicht umgesetzt werden. Sollte der EuGH zu einem anderen Ergebnis kommen, wird das Verfahren in Münster fortgesetzt.

Bei einem Verstoß gegen EU-Recht entfallen die Schadenersatzansprüche von Klausner. Bereits in der jüngsten Verhandlung vor dem Landgericht Münster hatte Richter Christoph Terharm darauf hingewiesen, dass die strittige Rechtsfrage über die Beihilfe ohnehin vor dem

EuGH landen werde. Somit könne „viel Geld, viel Zeit und viel Aufwand“ gespart werden, wenn in Luxemburg entschieden werde. 2007 hatten Vertreter des NRW-Landwirtschaftsministeriums vor dem Hintergrund der riesigen Schäden und dem drohenden weiteren Preisverfall für Holz einen sieben Jahre laufenden Liefervertrag mit dem Sägekonzern geschlossen. Der damalige Minister, Eckhard Uhlenberg (CDU) aus Werl, hatte die Verhandlungen seinen Experten überlassen und die Verträge nicht selbst unterzeichnet.

Das Umweltministerium wertet den Beschluss des Landgerichtes zur Weiterleitung an den EuGH als Beleg, dass der Vertrag mit Klausner gegen das EU-Beihilferecht verstoße. „Vertragslaufzeiten über einen solchen Zeitraum wie im Vertrag mit

Klausner sind genauso marktüblich wie die Festsetzung von Verkaufspreisen über sieben Jahre. Branchenüblich sind in der Regel Vertragslaufzeiten und Preisfestsetzungen über ein Quartal, höchstens über ein Jahr“, lautet die Einschätzung. Es handele sich um eine „einseitige wirtschaftliche Begünstigung von Klausner“, die unzulässig sei. Vertreter des Sägekonzerns argumentieren indes, dass das Unternehmen keine rechtswidrigen Vorteile in Anspruch genommen habe.

Für den Piraten-Landtagsabgeordneten Daniel Schwerdt trat sich in der „Causa Klausner“ ein „Sumpf von Altlasten“ auf. Es bleibe offen, welche Konsequenzen die Landesregierung aus den Ungeheimheiten im Fall Klausner zu ziehen beabsichtige. „Der Sumpf ist noch lange nicht trocken gelegt“, so Schwerdt.

Zu große Wohnung muss nicht verkauft werden

Bundessozialgericht urteilt pro Hartz-IV-Aufstocker / Feng-Shui-Beraterin aus NRW hatte geklagt

KASSEL/VIERSEN ■ Von einem Hartz-IV-Aufstocker kann nicht ohne Weiteres verlangt werden, seine zu große Eigentumswohnung zu verkaufen. Grundsätzlich ist zwar eine über 80 Quadratmeter große Wohnung unangemessen, ein in der Wohnung genutztes Arbeitszimmer darf bei der Berechnung der Wohnfläche aber nicht mitgezählt werden, urteilte ges-

tern das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel.

Geklagt hatte eine selbstständige, im Hartz-IV-Bezug stehende Feng-Shui-Beraterin aus dem Raum Viersen. Die Frau lebte zusammen mit ihrem Sohn in einer 110 Quadratmeter großen Eigentumswohnung. 14,5 Quadratmeter davon nutzte sie als Arbeitszimmer. Als die Frau beim Jobcenter Viersen die Weiter-

zahlung von Arbeitslosengeld II beantragte, lehnte die Behörde dies ab. Ihre Eigentumswohnung müsse veräußert werden. Nach den Berechnungen des Jobcenters bliebe dann ein verwertbares Vermögen in Höhe von knapp 25 000 Euro übrig.

Das BSG stellte jedoch erst-mals klar, dass die 80 Quadratmeter nur für die reine Wohnfläche gelten. Im kon-

kreten Fall sei allerdings die Eigentumswohnung auch unter Berücksichtigung des Arbeitszimmers noch zu groß. Das Landessozialgericht muss nun prüfen, ob ein Verkauf wirtschaftlich möglich ist. Sei das nicht der Fall, könne die Klägerin ALG II beziehen, ohne ihre Wohnung verkaufen zu müssen. ■ **epd**

Aktenzeichen B 14 AS 58/13 R

AUSFLUGS-TIPPS

Hochsauerland Wanderfestival Wanderungen mit verschiedenen Schwierigkeitsgraden, zahlreiche Konzerte und ein Markt mit regionalen Produkten stehen vom heutigen Freitag an bis Sonntag auf dem Programm. Mittelpunkt ist das Künstlerdorf Winterberg-Siedlinghausen, das 700-jähriges Jubiläum feiert. hochsauerland-wanderfestival.de

Kunst am Schloss Ahaus Von Malerei bis Glaskunst, von Keramik bis zu digitalen Arbeiten: Rund 100 deutsche und niederländische Künstler präsentieren Samstag und Sonntag jeweils von 11 bis 17 Uhr ihre Werke rund um das

Schloss Ahaus. Sammler und Liebhaber können bei der Ausstellung Kontakte knüpfen und Künstler bei der Arbeit beobachten. kunstschlossahaus.de

Apfelfest in Bad Waldliesborn Am dritten September-Wochenende huldigt der Kurort Bad Waldliesborn dem saftigen Fruchtschein – ein Event, bei dem sich kulinarisch alles um die beliebte gelb-rote Frucht dreht und Live-Musik im Festzelt für heitere Stimmung sorgt. Großer Kunsthandwerkermarkt, vielfältiges gastronomisches Angebot um den Apfel, Kinderaktionen und einen verkaufsf-



festen Sonntag erwartet die Besucher an diesem Wochenende im Kurort. lippstadt-badwaldliesborn.de

Schönes und Schauriges Die Zeche Zollern gilt wegen ihrer Architektur als Schön-

Brutale Überfälle auf betagte Opfer

Prozessaufakt am Dortmunder Landgericht

DORTMUND ■ Wegen seiner Beteiligung an vier brutalen Raubüberfällen steht ein 31-jähriger Mann vor dem Dortmunder Landgericht. Zusammen mit einem unbekannt gebliebenen Komplizen soll er in Wohnhäuser eingestiegen und die zumeist betagten Bewohner brutal zusammengeschlagen haben, um so die PIN-Nummern ihrer EC-Konten zu erpressen.

Die Anklageschrift der Dortmunder Staatsanwaltschaft umreißt einen wahr gewordenen Albtraum: Eine ältere Frau wird in ihrer eigenen Wohnung von Einbrechern zu Boden geschlagen, beraubt und muss mit schweren Kopfverletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Eine weitere Seniorin wird geschlagen, getreten, immer wieder von den unbekannt Eindränglingen angeschrien, endlich die Geheimnummer für ihr Konto herauszurücken. Die alte Dame nennt drei falsche Nummern, die Geldabhebungen der Verbrecher scheitern, aber die Frau landet mit Knochenbrüchen und einer Gehirnquetschung im Krankenhaus, schwebte zeitweilig in akuter Lebensgefahr. Eine selten brutale Raubserie, die die überführten Täter sicherlich für etliche Jahre ins Gefängnis bringen könnte.

Der Mann auf der Anklagebank versucht daher alles, um seine Beteiligung an den skrupellosen Raub- und Ge-

walttaten als so gering wie möglich darzustellen. Sein offenbar abgetauchter Landsmann sei der eigentliche Anreißer und brutale Schläger gewesen, er selber will lediglich Schmiere gestanden haben, habe fassungslos von dem aggressiven Übergriffen auf die wehrlosen Hausbewohner gehört.

Bei den Geldabhebungen mit den erbeuteten Geheimnummern war der 31-jährige Pole offenbar definitiv dabei – über Lichtbilder der Überwachungskameras wurde der Mann identifiziert. In dem mehrmonatigen Prozess werden die Raubopfer als Zeugen gehört werden müssen – sie sollen sagen, ob zu nächstlicher Stunde auf einmal ein oder zwei Einbrecher vor ihnen gestanden und auf sie eingedrückt haben. Für manche der betagten Zeugen sicherlich eine quälende Erinnerung an einen real erlebten Albtraum. ■ **mw**



Die Täter hatten es auf PIN und EC-Karte abgesehen. ■ **Foto: dpa**

Fehlende Auswahl bei Kommissariatsanwärtern

CDU-Antrag will gute Realschüler einbeziehen

Von Robert Vornholt

DÜSSELDORF ■ Die NRW-Polizei kann den Kampf um die besten Köpfe mit der bisherigen Strategie nicht gewinnen. So lautet das Fazit, das der CDU-Landtagsabgeordnete Werner Lohn aus Geske nach einem Informationsbesuch von NRW-Innenpolitikern im Innenministerium von Rheinland-Pfalz zieht.

„Durchweg gute Erfahrungen“ seien dort mit Polizeianwärtern gemacht worden, die mit Realschulabschluss (etwa an speziellen Berufskollegs) und bestandenem Test eine Einstellungsanzeige bekommen, sofern sie in zwei Jahren die Fachhochschulreife erwerben.

Über 8000 Kommissariatsanwärter bewerben sich seit Jahren in NRW, aber immer weniger Kandidaten seien geeignet, fordert Lohn, auch gute Realschüler fürs Einstellungsverfahren zuzulassen.

Aktuell haben nach Informationen des Innenministeriums von den 8361 Interessierten 5853 die formalen Voraussetzungen erfüllt, aber nur 2584 haben das Auswahlverfahren bestanden. 1500 Bewerber werden in den Landesdienst aufgenommen, 1084 bekommen also keine Stelle. „Faktisch ist so kaum noch eine Bestenauswahl möglich“, begründet Lohn einen CDU-Antrag auf Ausweitung der Bewerberbasis.

Lohn berichtet, dass die breitere Kandidatenauswahl in Rheinland-Pfalz dazu geführt habe, dass mehr Polizisten mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Zugleich sei damit eine größere Durchlässigkeit bei der Berufsausbildung erreicht worden. Auch in NRW gebe es besonders in den Ballungsräumen bereits Probleme, geeignete Bewerber mit Abitur für den Polizeidienst zu finden, so der Politiker weiter.

LEUTE, LEUTE



Bettina Michel (49), Tochter des an Alzheimer erkrankten früheren Fußball-Managers Rudi Assauer, will mit einem sehr persönlichen Buch über ihren Vater anderen Menschen Mut machen. Sie beschreibt in „Papa, ich bin für dich da“ ihr Leben mit dem 70-jährigen. „Es ist eine Art Zeugnis über ein Leben mit einem Alzheimer-Patienten, mit meinem Papa“, sagte Michel am Mittwoch in der Fernsehsendung „SternTV“, wo sie ihr Buch vorstellte. Assauer erhielt 2006 die Diag-

nose, zog sich aus dem Fußball-Geschäft zurück und ging 2012 mit seiner Erkrankung an die Öffentlichkeit.

Seit September 2011 lebt Assauer bei seiner Tochter in Herten. „Es gibt Tage, da ist er nur in seiner Welt“, erzählte Michel. Auch die Vitalität ließe nach: „Von sich aus würde er nichts tun.“ Das Sprechen falle ihm zunehmend schwer. „Er wird wortkarger. Manchmal verliert er die Sprache, dann sind die Tage eine Katastrophe und ich habe Angst, dass er irgendwann Schmerzen hat und es mir nicht mehr sagen kann.“

Trotzdem wolle sie ihm weiterhin „so viel normales Leben wie möglich“ bieten. Dazu gehört auch der Fußball. Bei fast jedem Heimspiel des FC Schalke 04, wo Assauer als Manager von 1993 bis 2006 wirkte, sind Vater und Tochter in der Arena. ■ **dpa**

lwl.org